

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich 5 mal. Verkaufspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 4b. Fernsprecher 18.

Verkaufspreis: Die halbjährliche Nummer oder deren Raum in Goldpfennig für Abonnenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Entfernungs- und Familienanzettel 20 Goldpfennig, die halbjährliche Nummer 50 Goldpfennig. Abbestellungsfrist für den nächsten Tag des Vormittags 10 Uhr.

Mit Geld für Gott und Vaterland

Nr. 24

Stolpe, Freitag, den 29. Januar 1926

50. Jahrgang

Annahme des Vertrauensvotums für Luther.

Nur 10 Stimmen Mehrheit.

Berlin, 28. Januar. Nach Feststellung des Schriftführers lautet das Abstimmungsergebnis: Der Vertrauensantrag ist angenommen mit 160 gegen 150 Stimmen, bei 130 Enthaltungen. Im ganzen wurden abgegeben 440 Stimmzettel.

Für das Vertrauensvotum haben gestimmt 64 Zentrum, 47 Deutsche Volkspartei, 47 gescheit haben 4, 18 Bayerische Volkspartei, 30 gescheit hat 1, 30 Demokraten, 30 gescheit haben 2, und 1 Mitglied der Wirtschaftl. Vereinigung, insgesamt 160. Gegen das Vertrauensvotum haben gestimmt 112 Deutschnationale, 39 gescheit haben 8, 39 Kommunisten, 39 gescheit haben 5, 8 Völkische, 7 gescheit haben 7, und 1 Fraktionsloser, insgesamt 150. Der Stimme enthalten haben sich: 112 Sozialdemokraten, 18 gescheit haben 18, 1 sozialdemokratische Stimme war ungültig, weil sie doppelt abgegeben war. Außerdem haben sich 18 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung enthalten, gescheit haben 2.

Der Endkampf.

Sturmzeiten im Reichstag.

Berlin, 28. Januar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Abg. von Guérard (Ztr.) eine Erklärung ab, die sich gegen einzelne Wendungen in der Rede des Grafen Westarp wendet. In der dann fortgesetzten Aussprache über die Regierungserklärung kam zunächst Abg. Henning (Völk.) zum Wort, der sich scharf gegen das Kabinett Luther wandte und das völkische Mißtrauen begründete. Es sei unerträglich, wenn nach dem Eintritt in den Völkerbund deutsche Truppen etwa unter französischem Oberbefehl kommen sollten, um Polen vor Rußland zu schützen. Der Redner fordert im Falle einer Enteignung der Fürsten auch die Enteignung sämtlicher Ostjuden. Er richtet dann heftige Angriffe gegen die Regierung, die als Regierung der Erfüllungspolitik gestürzt werden müsse. Sie sei eine Regierung der Henkersknechte am eigenen Volke.

Abg. Henning (Völk.) von der Sitzung ausgeschlossen. Bei den letzten Worten Hennings sprang der Reichskanzler Dr. Luther in großer Erregung auf, tritt auf den Abg. Henning zu und ruft: Ich verbitte mir derartige Bemerkungen ganz energisch! — Im Saale entsetzt ungeheure Aufregung. Der Abg. Henning will sich dann auf seinen Platz begeben. Auf dem Wege dahin umringen ihn zahlreiche Abgeordnete, die in großer Erregung sind. Minutenlang erschallt der Ruf: Rauss! Der Vizepräsident Dr. Bell schafft nur mit Mühe und Not Ruhe. Er erklärt dann, daß der Abg. Henning sich einen so schweren Vorstoß gegen die parlamentarischen Gebräuche habe zuzulassen kommen lassen, daß er ihn von der Sitzung ausschleife. Der Abg. Henning verläßt den Saal.

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Deutschn.) sieht in der heutigen Krise die Krise des derzeitigen Regierungssystems, des Systems der parlamentarischen Demokratie in Deutschland überhaupt. Dieses Regierungssystem ist ja die hochgepriesene Frucht des Volkstums vom 9. November 1918. Aber man sollte inzwischen eingesehen haben, daß man Verfassungen nicht wie einen fertigen Anzug von der Stange kaufen kann. Wir müssen die Möglichkeit zur Rettung des deutschen Volkes schaffen durch Wiederherstellung einer festen Regierungsgewalt. Der Redner geht dann auf die Wirtschaftskrise ein und berührt dabei auch die Belastung unserer Wirtschaft durch die Darlehensabgaben. Auch wir sind der Meinung, so erklärt der Redner, daß wir eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben können auf dem Wege einer Verständigung mit unseren früheren Feinden. (Hört! hört! i. d. Mitte.) Aber wir wollen nicht allein die Gebenden sein. Nach den Enttäuschungen bezüglich der Rückwirkungen aus dem Locarno-Vertrag dürfen wir nicht unseren letzten Trümpfen, den Eintritt in den Völkerbund, ohne sichtbare Gegenleistungen aus der Hand geben.

Abg. Koenen (Kom.) protestiert gegen den Ausschluß des Abg. Hennings. Dadurch werde die Opposition dezimiert. Vizepräsident Dr. Bell verwahrt sich dagegen, als ob er sich beim Ausschluß Hennings von dem Saale oder von dem Reichskanzler habe beeinflussen lassen, er sei nur seinem Gewissen

gefolgt.) Koenen richtet dann heftige Angriffe gegen einzelne Minister und Parteiführer und wird zur Ordnung gerufen und mehrfach gerügt.

Abg. Drewh (Wirtschaftl. Vereinig.) führt aus, der gestrigen Aufforderung des Reichskanzlers in seiner temperamentvollen Rede würden wir vielleicht entsprechen können, wenn es das erste Kabinett Luther wäre. Die Aktion der Reichsregierung zur Preisfestung ist nicht der Grund, ihr unsere Unterstützung zu versagen. Wir haben uns nur dagegen gewandt, daß man hin und wieder mit einem Ausnahmegesetz gegen den gewerblichen Mittelstand vorgeht. Das deutsche Handwerk befindet sich heute in derselben Situation, wie die Sozialdemokratie zurzeit des Sozialistengesetzes.

Abg. Breitscheid (Soz.) gab darauf eine Erklärung ab, wonach sich die Sozialdemokratie bei der Abstimmung über das von den Regierungsparteien eingebrachte Vertrauensvotum der Stimme enthalten werde.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) beantragt die Ueberweisung des deutschnationalen Antrages über die Vorbedingungen zum Eintritt in den Völkerbund an den Auswärtigen Ausschuß. Man müsse erst die Verhandlungen des Außenministers mit den fremden Mächten abwarten. Die Fragen würden noch im Auswärtigen Ausschuß vor dem Eintritt zum Völkerbund erörtert werden.

Abg. von Graefe (Völk.) protestiert gegen die Hinausweisung des Abg. Henning und verwahrt sich gegen jede Schultmeisteri. Henning habe ausdrücklich erklärt, er habe mit seiner Bezeichnung des Kabinetts keine persönliche Beleidigung beabsichtigt, sondern nur auf die Wirkungen des Eintritts in den Völkerbund hingewiesen.

Abg. Westarp (Deutschn.) widerspricht der Ueberweisung seines Antrages an den Ausschuß und verlangt sofortige Entscheidung. Der Abreise nach Locarno hätten seine Freunde zugestimmt in der Voraussetzung, daß keine Bindung in Locarno erfolgen sollte.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

führte hierauf aus: Die schwebenden Verhandlungen über die Rückwirkungen von Locarno haben sich inzwischen so weiter entwickelt, daß ich in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses darüber nähere Mitteilungen machen werde. Ich werde dort auf alle Fragen eingehen, die mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zusammenhängen. Zu den Ausführungen des Abg. Graf Westarp habe ich zu erklären: Es ist nicht richtig, daß das erste Kabinett Luther deutschnationale Richtlinien akzeptiert hätte. Das Kabinett selbst hat Richtlinien aufgestellt, die in einzelnen Punkten mit einer deutschnationalen Denkschrift übereinstimmen, in anderen von ihr abwichen. (Hört, hört!) Sie enthielten nicht nur Bedingungen und Voraussetzungen, sondern auch Forderungen, die nach Möglichkeit (!) durchgesetzt werden sollten.

Die 100prozentige Durchsetzung aller Forderungen kommt selten bei Verhandlungen vor.

Ich werde darüber gern im Auswärtigen Ausschuß nähere Mitteilungen machen. Es hier zu tun, würde nicht im Interesse des Landes liegen. Wir haben jetzt über die Rückwirkungen folgende Mitteilungen erhalten. Die Regierung der Befugungsmächte haben entgegen gewissen Pressemeldungen keinerlei Entschließung in dem Sinne gefaßt, daß die Stärke der Befugungsgruppen in der 2. und 3. Zone 75 000 oder annähernd diese Zahl betragen soll. (??)

Die Befugungsmächte, besonders Frankreich, bleiben bei der wiederholt von ihnen bekundeten Auffassung, daß die Zahl der Befugungsgruppen in sehr kurzer Zeit auf das denkbar geringste Maß herabgemindert werden soll, derart, daß der in der Note der Völkervereinigung vorgesehene Zustand durchgeführt wird, sobald die Verträge von Locarno in Kraft getreten sind. Für die Räumung der Kölner Zone ist als Endtermin der 31. Januar Mitternacht bestimmt.

Damit schließt die Aussprache. Präsident Löbe schlägt vor, zur Erledigung des Falles Henning eine neue Sitzung anzuberaumen, um den Abg. Henning Gelegenheit zur Teilnahme an der Abstimmung zu geben.

Auf die Frage des Abg. Müller-Frank (Soz.) erklärt der Präsident, daß bereits der Versuch gemacht worden wäre, den Abg. Henning zur Zurücknahme seiner Beleidigung zu veranlassen. Das sei aber abgewiesen worden. (Hört, hört!) Abg. von Graefe (Völk.) erklärt, daß Henning niemals unter dieses laudische Joch gehen würde. Wenn die Abstimmung von der Stimme Hennings abhängen würde, so wäre das eine klägliche Blamage für das Kabinett. Nicht einen Millimeter werde er entgegenkommen.

Präsident Löbe zieht darauf seine Anregung zurück. Unter allgemeinem Interesse des Hauses und der Tribüne beginnen dann die Abstimmungen. Der Antrag Westarps über die

Vorbedingungen über den Eintritt in den Völkerbund wird dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Es folgt die bereits berichtete namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierungsparteien.

Darauf vertagt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr.

Zweifelhafter Erfolg.

Berlin, 28. Januar. Der Abstimmungserfolg, der dem zweiten Kabinett Luther heute im Reichstag — man kann nicht anders sagen — in den Schoß gefallen ist, ist sehr zweifelhafter Natur. Rein ziffernmäßig betrachtet, kann das Mehr von 10 Stimmen, das dem Kabinett Luther sozusagen das Leben gerettet hat, schon nicht als besonders imponant bezeichnet werden. Der Eindruck wird aber noch kläglicher, wenn man erwägt, daß

die 160 Ja-Stimmen noch nicht einmal den dritten Teil der gesamten Abgeordnetenzahl ausmachen.

Dazu kommt, daß Dr. Luther seinen „Erfolg“ im wesentlichen nur dem von der Politik ganz unbeeinflussten Faktor verdankt, daß gerade am heutigen Tage die Zahl der durch Erkrankungen, Berufspflichten und andere zwingende Umstände an der Abstimmung verhinderten Abgeordneten der Opposition zufällig wesentlich stärker war als die Zahl der aus denselben Gründen verhinderten Mitglieder der Regierungsparteien. Bekanntlich beträgt das Stimmverhältnis zwischen Regierungsparteien und Opposition für den Idealfall der vollzähligen Anwesenheit 171 zu 170. Es fehlten heute von der Opposition demnach ganze 20 Abgeordnete. Diese verteilten sich nach den bisherigen, allerdings noch nicht authentischen Feststellungen wie folgt: Deutschnationale 8, Völkische 7, Kommunisten 5 fehlende Abgeordnete. Darunter ist mindestens von den fehlenden deutschnationalen Mitgliedern einwandfrei erwiesen, daß sie nur durch zwingende Umstände am Erscheinen verhindert waren.

So waren erkrankt die Abgeordneten von Tirpitz, Basille, und Julier, wegen Todesfall in der Familie verhindert war der Abgeordnete Hülfert. Die Abgeordneten von Nichthofen Lind und Vogt weilten auf der Landtagsversammlung in Kassel, wo ihr Erscheinen unbedingt erforderlich war. Schließlich konnte auch der Abgeordnete Körner, der Präsident des Württembergischen Landtages, nicht an der Reichstagsitzung teilnehmen, weil er heute eine wichtige Landtagsitzung zu leiten hatte. Auch bei den Kommunisten lagen zwingende Umstände vor: die einen sind erkrankt, die andern genießen zur Zeit noch kostenlose Staatspension hinter Schloß und Miegel. Lediglich bei den Völkischen, von denen nahezu die Hälfte der Fraktion fehlte, erscheint es zweifelhaft, ob diese Abwesenheit nur eine gezwungene war.

Alles in allem — Dr. Luthers heutiger Abstimmungserfolg bleibt ein Scheinerfolg.

Festzuhalten ist vor allem, daß es der Reichsregierung trotz der äußersten Anstrengungen, die sie noch im Laufe des heutigen Tages machte, nicht gelungen ist, die Wirtschaftspartei und die Sozialdemokraten wenigstens zu einem teilweisen Eintreten für das Vertrauensvotum zu bewegen. Beide Fraktionen haben, wie wir es gestern voraussagten, sich der Stimme enthalten.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß in dem Stimmverhältnis, in dem das zweite Kabinett Luther schon von Anfang an zur Sozialdemokratie steht, mit einem Male eine Änderung eingetreten wäre. Im Gegenteil, den Sozialdemokraten kam es offenbar darauf an, durch ihre Stimmhaltung der Regierung dieses Abhängigkeitsverhältnis erst recht fühlbar zu machen.

Der preußische Staatshaushalt.

— Berlin, 27. Januar.

Dem Landtag lag heute der neue Haushalt für 1926 vor. Zu seiner Begründung führte Finanzminister D. Höpfer-Abschiff aus: Der Etat für 1926 schließt in Einnahme und Ausgabe mit einer Gesamtsumme von 3 322 351 000 M. ab. Wenn man die durchlaufenden Posten ausschleibt, so ergibt sich, daß sich die dauernden Ausgaben gegenüber den Jahren 1925 um 73,9 Millionen vermehrt haben. Eine gewisse Verbesserung gegenüber dem Haushaltsplan für 1925 ist nicht zu verkennen, doch reicht diese Verbesserung nicht aus. Es muß vielmehr aus der Hauszinssteuer noch ein Betrag von 92 Millionen für den allgemeinen Finanzbedarf des Staates bereitgestellt werden. Es läßt sich nicht verkennen, daß auch der

Haushaltsplan für 1926 noch immer eine viel zu starke Steuerbelastung vorsieht.

Es wird daher Aufgabe der Staatsregierung und des Landtags sein müssen, durch weitere Ersparnismaßnahmen den Bedarf des Staates einzuschränken. Solche Ersparnisse sind im großen Ausmaß nur möglich, wenn die Personalausgaben vermindert werden.

Schon in diesem Jahre ist die Zahl der Beamten gegenüber dem Vorjahre um 751 Köpfe vermindert worden. Eine weitere Verminderung kann nur durch eine großzügige Verwaltungsreform herbeigeführt werden, zu der die Vorarbeiten mit allem Nachdruck begonnen werden müssen.

Dem Beschlusse des Aeltestenrates entsprechend wurde hierauf die allgemeine Aussprache zum Haushalt auf Donnerstag vertagt.

Das Geständnis des Calmus.

Ein Zeuge gegen Dittmann.

In einer längeren Zuschrift an die in Oldenburg erscheinenden „Nachrichten für Stadt und Land“ nimmt der frühere Gerichtsschreiber des ersten Geschwaders, Bureauangestellter Willi Niemöller, zu dem von dem Abgeordneten Dittmann im Untersuchungsausschuß des Reichstags erwähnten Geständnis des Matrosen Calmus Stellung. Niemöller, der sich auch dem Untersuchungsausschuß als Zeuge angeboten hat, gibt zu, daß der Abg. Dittmann das Geständnis richtig wiedergegeben hat, nur sei Dittmanns Darstellung über die Art und Weise, wie das Geständnis zustande kam, gänzlich abwegig. Niemöller bestreitet, daß das Geständnis des Calmus frei erfunden sei, und bezeichnet es als unwahr, daß Kriegsgerichtsrat Löffel Calmus mit Erschießen gedroht habe, um auf diese Weise Aussagen gegen Abgeordnete der U. S. B. herauszupressen. Niemöller stellt den Fall so dar: „Calmus sah im Untersuchungsausschuß des Kommandogerichts in Wilhelmshaven. Bei einer Vernehmung wurde ihm neues belastendes Material vorgehalten. Plötzlich erklärte Calmus: „Herr Gerichtsrat! Ich weiß, daß ich um meinen Kopf rede. Ich will trotzdem ein volles Geständnis ablegen. Alles hat mich verraten und beschuldigt in schwerster Weise.“

Dann kam das Geständnis. Calmus bot das erschütternde Bild eines Mannes, der endlich eingesehen hat, wie verblendet er war, als er im Begriffe stand, sich in schwerster Weise an seinem Vaterlande zu vergehen. Es war kein frei erfundenes Geständnis, sondern die Beichte eines Menschen, der mit sich selbst abgeschlossen hatte.“

Weiter erklärt Niemöller, die sogenannten Menagemissionen seien tatsächlich Organisationsstellen der U. S. B. gewesen, die die Revolution vorbereiteten und heimliche Zusammenkünfte abhielten. Die Leitung in der Flotte habe in den Händen von Reichpietsch und Köbis gelegen. Das Bureau der Frau Klara Zick in Berlin sei die Zentrale der ganzen Organisation gewesen.

Reichsausgleich in der Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 27. Januar. Der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung ist auf Grund der neu erlassenen Verordnung über den Beitragsausgleich in der Erwerbslosenfürsorge ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen die Beiträge zu bemessen.

Von dieser Befugnis hat der vom Verwaltungsrat gebildete Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge in seiner Sitzung vom 25. Januar Gebrauch gemacht und den einheitlichen Beitrag mit Wirkung vom 1. Februar bis auf weiteres auf 3 v. H. des Grundlohnes festgesetzt. Hiervon ist 1 v. H. des Grundlohnes als Reichsanteil an die beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung gebildete Reichsausgleichskasse abzuführen. Der Rest verbleibt den örtlichen oder bezirklichen Stellen, soweit er dort gebraucht wird. Der Reichsrat hat diesen Festsetzungen zugestimmt.

Reichslandbundtagung in Kassel.

Die Kollage der Landwirtschaft.

In Kassel begann am Donnerstag die 6. Tagung des Reichslandbundes, verbunden mit dem Kurhessischen Landbundtag 1926 und mit dem 2. Reichsjunglandbundtag. Wegen der außerordentlich großen Beteiligung, die zu erwarten war, da allein 10 000 schriftliche Anmeldungen vor Beginn der Tagung vorlagen, hatte man beschlossen, die Versammlungen in mehreren Sälen abzuhalten. Während im Festsaal der Stadthalle der 1. Vorsitzende des Kurhessischen Landbundes, Schmidt-Windeden, die Begrüßungsworte sprach, eröffnete im Theatersaal der Stadthalle der stellvertretende Vorsitzende, Bürgermeister Lind, M. d. R., die Versammlung. Beiden Ansprachen folgte nach musikalischen Vorträgen die Begrüßung der erschienenen Gäste. Dann ergriffen im Theatersaal Präsident Graf Kalkreuth, im Festsaal Präsident Hepp, M. d. R., das Wort zu ausführlichen Darlegungen über die heutige Lage der Landwirtschaft und die Forderungen, die der Reichslandbund in Anbetracht der landwirtschaftlichen Not erhebt. Graf Kalkreuth wandte sich insbesondere gegen die Zwangswirtschaft und erklärte die Wiedereinschaltung der freien Konkurrenz auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft für notwendig. Abg. Hepp forderte die Einsetzung eines besonderen Sparministers mit weitgehenden Rechten.

Interpellation Schlange-Schöningen

Berlin, 27. Januar. Der Abg. Schlange-Schöningen hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Es verlaute, die Reichsregierung beabsichtigt eine Teillösung des deutsch-französischen handelspolitischen Problems herbeizuführen, indem man in Frankreich gestattet, die Gewächse des Garten- und Obstbaues zur Einfuhr nach Deutschland zu erheblich ermäßigten Sätzen zuzulassen. Schon durch die Belgien, Holland und Italien gewährten Zollermäßigungen ist eine weitergehende unerträgliche Absatzstörung für den deutschen Obst- und Gemüsebau eingetreten.“

Die Frankeneinfuhr erlaubt es Frankreich schon jetzt, zu Schleuderpreisen die deutschen Märkte zu überfluten, die zünftige Konkurrenz würde bei erheblichen Zollermäßigungen für die betroffene, schon heute schwer kämpfende Landwirtschaft weitere unübersehbare Folgen haben.

Wir fragen die Reichsregierung, ob sie auf die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft keine Rücksicht zu nehmen gewillt ist und wie sie derartige Maßnahmen, falls sie wirklich geplant sein sollten, zu rechtfertigen gedenkt?“

Der französische Heeresreformentwurf.

Paris, 28. Januar. Der französische Kriegsminister wird am Donnerstag in der Kammer den Heeresreformentwurf einbringen. Der Kriegsminister weist darauf hin, daß es innerhalb des Obersten Rates über den Entwurf nicht zu Unstimmigkeiten gekommen sei. Er sei von Marschall Petain in Anwesenheit des Generalstabschefs abgefaßt und vom Obersten Kriegsrat, zu dem auch General Nollet gehört, einstimmig angenommen worden. Die Aussprache über die Heeresreform wird sofort nach Beendigung der Finanzdebatte beginnen. Painleve schloß mit dem Hinweis, daß die französische Regierung seit dem Friedensschluß in der Abrüstung mit gutem Beispiel vorangegangen sei (!). Es habe nicht nur seine Friedensbestände reduziert, sondern die Dienstzeit beträchtlich herabgesetzt. Wenn Frankreich auf diese Weise sein Vertrauen in die internationalen Verpflichtungen zum Ausdruck bringe, so wolle es doch seine Widerstandskraft gegen Angriffe nicht im geringsten schwächen.

Ministerpräsident Graf Kato †.

Rücktritt des japanischen Kabinetts.

Der japanische Ministerpräsident Graf Kato ist nach kurzer Krankheit an einer Nierenschwumpfung gestorben. Das Kabinetts hat aus diesem Anlaß seinen Rücktritt erklärt, und bei dem Fehlen einer überragenden Persönlichkeit, die das Erbe Katos antreten könnte, ist bei der Neubildung der Regierung mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen.

Kato wurde 1859 in der Owari-Provinz geboren. In die Familie Kato gelangte er erst durch Adoption. Seine politische Laufbahn begann er 1887 als Privatsekretär des damaligen Außenministers Grafen Okuma. 1894—1899 war er Gesandter in London und wirkte hier als eifriger Befürworter des englisch-japanischen Bündnisses. Er war dann noch mehrmals Außenminister, unter Katsura und unter Okuma. Mit dem Grafen Okuma trat er 1915 zurück und übernahm erst 1924, nach dem Rücktritt des Kabinetts Kijoura, wieder ein Amt, indem er als Führer der stärksten Oppositionspartei, der Kenseitai, ein eigenes Kabinetts bildete. Es bleibt abzuwarten, ob sich nach seinem Tode die Regierungskoalition wird zusammenhalten lassen. An staatsmännischer Bedeutung kommt ihm jedenfalls keiner seiner bisherigen Mitarbeiter gleich. Angesichts der chinesischen Wirren, an denen Japan sehr stark interessiert ist, kann ein Systemwechsel in Japan weitreichende Folgen haben.

Der neue japanische Premierminister.

Tokio, 28. Januar. Innenminister Wakatsuki wurde unter Beibehaltung seines bisherigen Portefeuilles als Nachfolger Katos zum Premierminister ernannt.

Deutsches Reich.

Dementierte Gerüchte. In der letzten Zeit sind vielfach Meldungen über Personal-Veränderungen im deutschen diplomatischen Dienst verbreitet worden. Wie hierzu von zuständiger Seite mitgeteilt wird, entsprechen diese Meldungen nicht den Tatsachen.

Aufhebung eines Ausweisungsbefehls. Die Rheinlandkommission hat den vor drei Jahren, am 27. Januar 1923, gegen den jetzigen Chefredakteur der „Frankfurter Nachrichten“, Heinz Gorrenz, und dessen Familie erlassenen Ausweisungsbefehl aufgehoben. Gorrenz, der als Chefredakteur der „Neuen Wiesbadener Zeitung“ ausgewiesen wurde, war die erste nichtbeamtete Persönlichkeit, die im Ruhrkampf aus der Heimat vertrieben wurde.

Die Führer der Werksgemeinschaftsbewegung beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing eine Abordnung des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, dessen Vorsitzender der in Pommern gewählte Landtagsabgeordnete Wilh. Schmidt ist, sowie des Reichsbundes Deutscher Angestellten-Berufsverbände (Vors. Dr. Erich Schmidt), die mit anderen Verbänden den Reichsausschuß werksgemeinschaftlicher Verbände bilden. Die Abordnung machte vor allem die Bedenken geltend, die in der Werksgemeinschaftsbewegung gegenüber den zur Beratung stehenden Gesetzesentwürfen zum Reichswirtschaftsrat, zum Arbeitsgerichtsgesetzentwurf und zur Arbeitslosenversicherung vorhanden sind. Zur Frage der Arbeitslosenfrage wurden dem Reichspräsidenten praktische Vorschläge unterbreitet, wobei der Reichstagsabgeordnete Adams insbesondere die schwierige Lage der Arbeitnehmer unserer westlichen Gebiete zum Ausdruck brachte. Der Reichspräsident nahm die gemachten Darlegungen mit sichtlichem Interesse entgegen.

Auslands-Rundschau.

Zusammenkunft zwischen Briand und Chamberlain. Sir Austen Chamberlain wurde Donnerstag vormittag um 10 Uhr am Quai d'Orsay empfangen. Die Unterredung mit Briand dauerte über zwei Stunden. Nach 12 Uhr wurden die Journalisten empfangen, mit denen sich Briand und Chamberlain 10 Minuten unterhielten.

Eine polnische Spionageorganisation. Die Warschauer politische Polizei hat eine ihrem Umfange nach noch nicht in Polen dagewesene Spionageorganisation aufgedeckt. An ihrer Spitze stand ein Komitee, das aus drei Personen bestand. Aus dem Archiv der Organisation, das der Polizei in die Hände fiel, ist zu ersehen, daß die Mitglieder über die politischen und militärischen Geheimnisse sehr gut informiert waren. Die Kurier der Organisation reisten jeden zweiten Tag ins Ausland. Es sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden; jedoch werden die Namen der Verhafteten geheim gehalten.

Partikularismus in Syrien. Nach einer Meldung aus Beirut haben die neugewählten Delegierten von Antiochien und Alexandrette an de Zoubeul das Ersuchen gerichtet, ihre Gebiete in eine autonome Provinz, die direkt dem französischen Mandat unterstellt ist, umzuwandeln und die beiden Städte von der syrischen Regierung in Damaskus völlig unabhängig zu machen.

Gerichtliches.

Landesverräter. Wegen Verrats militärischer Geheimnisse an Polen und wegen Landesverrats hatten sich Direktor Paul Franz Kaul, der Sohn eines Senators aus Hamburg, dessen Frau Gertrud Schmidt aus Namslau und der kaufmännische Vertreter Wilhelm Kaul aus Loebichau, ein Vetter des ersten Angeklagten vor dem Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts zu verantworten. Bald nach Verlesung des Anklagebeschlusses wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten Paul Franz Kaul zu einer Zuchthausstrafe von 6 Jahren, ferner zu 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, und die Schmidt zu 2 Jahren Gefängnis. Wilhelm Kaul wurde freigesprochen.

Getäuschte Hoffnungen.

Das Alkoholverbot in Finnland.

Zu den wenigen Ländern, die ein vollkommenes Alkoholverbot eingeführt haben, gehört auch die nördlichste Ostseerpublik, Finnland. Die Erfahrungen allerdings, die man dort mit dem Alkoholverbot machte, sind genau so schlecht, wie beispielsweise in Amerika. So bringt z. B. eine Zeitung in Wiborg einen Kotschrei unter der Überschrift: „Unsere Gefängnisse, die durch das Verbot ganz geleert werden sollten, sind überfüllt.“

Ein Gefängnisarzt, so heißt es dort weiter, der sich kürzlich zur Aufnahme in den Verein für „Vollstüchternheit ohne Alkoholverbot“ angemeldet hatte, schreibt, daß er diese Anmeldung um so lieber vollziehe, als er täglich in der Lage sei, die Unmöglichkeit festzustellen, durch die Verbotsgesetzgebung die Vollstüchternheit hervorzurufen. Vor der Einführung dieses Gesetzes war man wenigstens in den nächstliegenden Dörfern so weit gekommen, daß es als eine ungeheure Schande angesehen wurde, in betrunkenem Zustand zu erscheinen.

Die Jugendvereinigungen waren so streng, daß jedes öffentliche Verweilen in betrunkener Lage ertrappt wurde, einen öffentlichen Verweis bekam. Wenn auch dies nicht half, so wurde das Mitglied mit Schimpf und Schande aus dem Verein ausgeschlossen. Ein junges Mädchen würde niemals mit einem Manne getanzt haben, der nach Alkohol buffete. Jetzt ist das ganz anders geworden. Die Böllerei hat jetzt die ganze alte Ordnung umgestoßen.

Im Gefängnis kann man richtig sehen, wie groß das Elend gerade auf diesem Gebiete ist. Wir haben hier Platz für 146 Gefangene. Aber neulich krieg die Zahl bis zu 330. Im gegenwärtigen Zeitpunkt beträgt sie rund 300. 95 Proz. haben mehr oder minder große Vergehen gegen das Alkoholverbot begangen. Man sieht hier Leute von jedem Lebensalter, halbwüchsige Knaben sowohl, wie Greise von über 70 Jahren. Im allgemeinen wird ein Vergehen gegen das Alkoholverbotsgesetz nicht wie ein gewöhnliches Vergehen angesehen.

Eine Hoffnung jedoch auf eine Aenderung des Gesetzes hegt der betreffende Arzt nicht. Denn „wir Finnländer sind zu hochmütig und zu einseitig“, um unsere Fehler einzusehen. Und trotzdem weiß eigentlich jeder, daß wir auf falschem Wege sind. Unsere Gefängnisse, von denen uns die Verbotsfreunde erzählten, daß das Alkoholverbot sie leeren werde, sind nun überfüllt.

Der Bod als Gärtner.

Ein Oberstaatsanwalt unter Anklage.

Vor dem Vereinigten Chemnitzer Schöffengericht begann der mit Spannung erwartete Prozeß gegen den Freiburger Oberstaatsanwalt Dr. A. Smus. Da sämtliche Freiburger Richter sich für befangen erklärten, mußte der Prozeß dem Chemnitzer Gericht überwiehen werden.

Seit 1. April 1922 ist Dr. A. Smus Oberstaatsanwalt in Freiberg. Seine Ernennung dazu erfolgte durch die damalige sozialdemokratische sächsische Regierung. Infolge der Erhebung der Anklage wurde er am 14. Februar 1923 beurlaubt. Die Anklage stützt sich auf Par. 346 des Strafgesetzbuches. Danach wird ein Justizbeamter, der in der Absicht, jemandem eine strafrechtliche Strafe zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Der Vorsitzende verliest die einzelnen Fälle, in denen der Angeklagte kraft seines Amtes ein Einschreiten unterlassen hat. Zunächst wurde der Fall des sozialdemokratischen Redakteurs Schutte-Freiberg, der in einem Artikel die Reichswehr beleidigte, behandelt. Dr. Smus lehnte ein Einschreiten gegen den Redakteur ab und beschloß Einstellung des Verfahrens, da der Redakteur Schutte erklärt hatte, daß er eine Beleidigung der Reichswehr nicht beabsichtigt habe. Schutte ist dann im November 1923 in einem neuen Verfahren zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Dr. A. Smus gibt hierauf folgende Erklärung: In diesem wie auch in anderen Fällen habe ich nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Ich habe in meiner Stellung weder nach links noch nach rechts geschaut. Die Entscheidungen entsprechen meiner Ansicht und meinem Empfinden. Der zweite Fall betrifft den Glöckner Zimmermann in Freiberg, der am 1. Mai 1923 früh sechs Uhr, wie an einem Werktag, die Glocken läuten wollte, woran er von drei Leuten des Mai-Komitees gehindert wurde, worin Nötigung erblickt wird. Dr. Smus erklärt auch zu diesem Fall, daß sein Vorgehen korrekt war.

Der dritte Fall betrifft einen Fall in Lengsfeld im Erzgebirge, wo etwa 30 Kommunisten die Gastwirtin Rudolf zwangen, die von ihr gesperrte Lichtleitung wieder frei zu geben, worin Nötigung gesehen wird. Dr. Smus stellte auch in diesem Falle das Verfahren ein, da er den Fall der Nötigung nicht für gegeben hielt. Auf Veranlassung des Generalstaatsanwaltes wurde gegen eine Anzahl Kommunisten das Verfahren wegen Nötigung eingeleitet, und die Kommunisten wurden zu Geldstrafen verurteilt.

Kamille für's Haar

Seit uralten Zeiten schätzte man die anregende Wirkung der Kamille auf die Kopfhaut. Von der unpraktischen und zeräubernden Verwendung reiner Kamillen ist man aber längst abgekommen, seitdem in dem bekannten Kopfwaschpulver „Schampoon mit dem schwarzen Kopf“ mit Kamillenextrakt ein Mittel von angenehmem, aromatischem Duft geboten ist, das die kräftigende Wirkung der Kamille mit durchgreifender Reinigungskraft verbindet und dem Haar glänzendes, volles Aussehen verleiht. Das echte Fabrikat trägt stets die weltbekannte Schutzmarke „Schwarzer Kopf“.

Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.

Wiederauferstehung der Hutnadel.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß aus den Straßenbahnwagen die Schilder entfernt wurden: „Das Tragen ungesicherter Hutnadeln ist bei Strafe verboten!“ Wir erinnern uns alle noch an die Zeit, da man wenigstens das Augenlicht riskierte, wenn man unglücklich auf der Plattform eines Straßenbahnwagens stand. Damals trugen die Evas-töchter mehr oder weniger kostbare Hutnadeln quer durch die Binde ihres Hauptes gesteckt, und die Spitze besagter Nadeln bedrohte Freund und Feind.

Das hat sich inzwischen geändert, denn auf den Bubikopf wird kein febergeschmücktes Wagenrad gestülpt, das mit einer Hutnadel festzuhalten wäre, sondern nur noch ein glatt anschließender Turbanhelm, der einer Befestigung durch eine Hutnadel nicht mehr bedarf. Dabei in Klammern hinzugefügt werden kann, daß es auf Bubiköpfen vermutlich schwieriger wäre, einen Hut mit der Hutnadel zu befestigen.

Aber die Hutnadel feiert gleichwohl ihre fröhliche Wiederauferstehung. Selbstverständlich hat sie jetzt keinen praktischen Zweck, aber das braucht die Mode ja bekanntlich nie zu haben. Jedenfalls kann man jetzt in Paris schon wieder junge Damen sehen, die quer durch ihre Kopfsbedeckung Hutnadeln zur Zierde tragen. Wie lange wird es dauern, daß auch wir mit der neuen Mode beglückt werden?

Vermischtes.

Eine glückliche Stadt. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Warstein (Westfalen) machte der Vorsitzende der Versammlung die erfreuliche Mitteilung, daß es in Warstein keine Wohnungsnot mehr gebe. Warstein gehörte übrigens vor dem Weltkrieg zu den wenigen Städten, die keinerlei Gemeindefeuern erhoben, was auf die hohen Einnahmen aus den reichen Waldbeständen zurückzuführen war.

Hundertvier Jahre alt wurde kürzlich Frau Johanne Brügge aus Lüneburg. Die preussische Staatsregierung, die unslängst für die Fälle des 100. Geburtstages eine in der Staatlichen Porzellanmanufaktur hergestellte Tasse stiftete, hat auch dieser Matrone eine derartige Tasse zugleich mit einem Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten überreichen lassen und der Frau dadurch eine besondere Freude bereitet.

Einen schrecklichen Tod fand in Dessau (Anhalt) das Kind eines Arbeiters. Als die Frau von einem Besorgungsgang heimkehrte, fand sie ihr ungefähr 2 Jahre altes Söhnchen auf dem Hochherd liegend vor. Es war tot. Das Kind hatte, als die Mutter fortging, auf einem Kinderstuhl in der Nähe des Herdes gesessen und war offenbar von dort auf die Herdplatte geklettert, wo es dann wahrscheinlich einen langsamen Tod gefunden hat. Die Beine des Kleinen waren bereits angekohlt.

Steuerkalender für Februar.

5. Februar. Ablieferung der für die Zeit vom 21. bis 31. Januar 1926 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen, sofern Ablieferungsverpflichtung vorliegt und sobald diese 50 M. erreichen (Finanzklasse). Alle übrigen Arbeitgeber haben in Höhe dieser Abzüge Steuermarken zu kleben und zu entwerten. (Steuerfreier Lohnbetrag ist 60 M. monatlich). Ferner bleiben steuerfrei für Werbungskosten und Steuerleistungen je 20 M. monatlich (dann auf Antrag erhöht werden). Ermäßigung für Haushaltsmitglieder gemäß Neuregelung des Lohnabzuges vom 1. 1. 1926. Der Steuerabzug ist nicht vorzunehmen, wenn er für den vollen Monat nur 80 Pf. oder für die volle Woche 20 Pf. beträgt.

10. Februar. 1. Fälligkeit der allgemeinen Umsatzsteuer und Luxussteuer nebst Einreichung der Voranmeldung pro Monat Januar 1926 (Monatszahler), Schonzeit 7 Tage (Finanzklasse). Monatszahler mit geringfügigen Umsätzen können auf Grund des Erlasses des Reichsfinanzministers vom 31. 12. 1925 die Ueberführung der Gruppe der Vierteljahrszahler beantragen. Allgemeine Umsatzsteuer 1 Prozent, Luxussteuer 7 1/2 Prozent. Befreit sind Einnahmen, die der Gesellschaftssteuer unterliegen.

2. Börsenumsatzsteuer für Januar 1926 und Vorlegung einer Anmeldung der Abrechner zum Kapitalverkehrssteuerbesitz in zwei Stücken (Finanzamt).

3. In Preußen: Abgabe der Steuererklärung und Bezahlung der Einkommensteuer für die zweite Hälfte des Monats Januar 1926.

15. Februar: 1. Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer der Gewerbebetriebe, die bis 11. Januar 1926 ihren Steuerbescheid erhielten, und aus dem Betrieb der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau und sonstiger nicht gewerblicher Bodenbewirtschaftung in Höhe von einem Viertel der für das Wirtschaftsjahr 1924-25 festgestellten Jahressteuer, soweit nicht Ueberzahlung erfolgte. Schonzeit 7 Tage. (Finanzklasse.)

2. Ablieferung der für die Zeit vom 1. bis 10. Februar 1926 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen wie am 5. Februar.

3. Zahlung der evangelischen und katholischen Kirchensteuer (Finanzklasse), sowie der jüdischen Gemeindesteuer (Steuerklasse der jüdischen Gemeinde).

4. Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer, und zwar die im letzten Steuerbescheide angegebene Rate für das erste Vierteljahr 1926. Schonzeit 7 Tage. (Finanzklasse.)

5. Vorauszahlung auf die erste Hälfte der Aufbringungs-pflicht aller Betriebe mit mehr als 20 000 Mark Betriebsvermögen, Landwirtschaft ist befreit gemäß des Vorauszahlungsbescheides. Schonzeit 7 Tage. (Finanzamt des Unternehmers.)

6. In Preußen: Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer nach dem Ertrag, während der Termin für die Gewerbesteuer nach dem Kapital von den Gemeinden festgesetzt wird. (Steuerklasse.)

7. In Preußen: Fälligkeit der Grundvermögens- und Hauszinssteuer pro Februar 1926. Schonzeit 7 Tage. (Steuerklasse.)

8. Einreichung der Mitbesitz-Ansprüche bei der Vermittlungsstelle.

25. Februar: 1. Ablieferung der für die Zeit vom 11. bis 20. Februar 1926 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen wie am 5. Februar.

2. In Preußen: Abgabe der Steuererklärung und Bezahlung der Einkommensteuer für die erste Hälfte des Monats Februar 1926. (Steuerklasse.)

28. Februar: 1. Bekanntmachung des festgestellten Ausgabebetrag und der Berechnung der Obligationen gemäß Artikel 31, Abs. 4, der Durchführungsverordnung zum Finanzverordnungs-gesetz.

2. Termin, an dem die Mitbesitz-Ansprüche in der Anleihealtbesitzstelle beim Finanzamt eingegangen sein müssen.

Stadt. Kreis. Provinz.

Das starke Nordlicht, das Dienstag beobachtet wurde, ist auch in Skandinavien aufgetreten. Wie der „Tag“ berichtet, herrschte Dienstag abend zwischen 6 und 8 Uhr ein außergewöhnlich starkes Nordlicht über ganz Skandinavien, wie es seit mehreren Jahrhunderten nur viermal vorgekommen ist. Auch die Farbe war ganz außergewöhnlich. Da der ganze Himmel rot war, fragte man telephonisch aus dem ganzen Lande an, wo der Brand wäre. Wie das meteorologische Institut mitteilt, ist die Ursache in den Sonnenflecken zu suchen, die in diesem Jahre sehr stark sind. Schon um 5 Uhr machte sich der Einfluss dieser Naturscheinung im gesamten nordwestlichen Telegraphennetz geltend.

Abbau im Stolper Wohnungsamt. Der Abbau im Stolper Wohnungsamt ist bereits sehr weit fortgeschritten; anstelle von 9 Beamten und Angestellten, die zur Zeit der größten Ausdehnung des Wohnungsamts in Tätigkeit waren, sind heute nur noch 3 tätig. Dieser starke Abbau hat natürlich zur Folge, daß die verbliebenen Beamten und Angestellten wesentlich stärker belastet sind und von jeder nicht durchaus nötigen Tätigkeit entlastet werden müssen. Daher hat der Magistrat beschlossen, vom 30. dieses Monats ab das Wohnungsamt Mittwochs und Sonnabends ständig für den Publikumsverkehr geschlossen zu halten.

Der vermählte Reutenempfinger Hübner aus der Großen Gartenstraße ist noch nicht zurückgekehrt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der geisteschwache Mann umherirrt. Jemand, welcher Angaben erbittet die Kriminalpolizei.

Gefahrter Wohnungsdieb. Gestern mittag gegen 1 Uhr hörte die im Hinterzimmer ihrer in der Chausseestraße gelegenen Wohnung befindliche Ehefrau eines Beamten, wie jemand das neben gelegene Zimmer betrat, ohne anzuklopfen. Im Glauben, daß ihr Ehemann das Zimmer betreten hätte, kümmerte sie sich nicht weiter darum. Sie stuzte erst, als nach kurzer Zeit der Eingetretene sich wieder entfernte. Nunmehr eilte sie in das Nebenzimmer, in dem sie sah, daß ein Fach des Schreibtisches offen stand und in diesem eine Kaffette fehlte. Im Hausflur traf sie einen unbekanntem Mann, der den Diebstahl eingestand, und die Kaffette wieder herausgab. In diesem Augenblick kam der Ehemann hinzu, der, als er von dem Vorfall hörte, den Dieb aufforderte, mit nach der Polizeiwache zu kommen. Anfangs folgte der Unbekannte auch, dann aber flüchtete er durch mehrere Gärten nach der Stolpe zu, durchschwamm diese und entkam am anderen Ufer. Der sofort benachrichtigten Schutzpolizei gelang es, den Dieb in einem Schuppen der Feuerwehr festzunehmen. In der Kaffette befanden sich goldene Ringe, eine silberne Armbanduhr und Geld. Der Dieb, der als der am 19. 4. 95 zu Staffurt geborene und in Lauenburg, Büchnerstraße 12, wohnhafte Kaufmann Paul Curt festgestellt wurde, hat zweifellos die in letzter Zeit hier mehrfach vorgekommenen Gelegenheitsdiebstähle in unverschlossenen Zimmern ausgeführt, insbesondere auch den am 26. d. Mts. in der Schmiedestraße verübten Diebstahl einer Kaffette mit Schmuckstücken. Er wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Der Bezirksverband hinterpommerscher Kaninchenzüchter hielt hier gelegentlich der Bezirks-Kaninchenausstellung eine Tagung ab. Ort der nächstjährigen Tagung und Ausstellung soll Kößlin sein, oder, wenn Kößlin die Ausstellung im nächsten Jahr nicht übernehmen kann, Belgard. Die Versammlung war damit einverstanden, daß der Bezirksverband sich dem Provinzialverbande anschließt, wenn der Provinzialverband mehr Interesse als bisher für die Bezirke zeigt und die Bezirke auch bei Ausstellungen unterstützt.

Beethoven-Abend von Paul Schramm. Der hier seit Jahren besten bekannte und beliebte Klavierspieler Paul Schramm veranstaltet am Mittwoch, den 3. Februar im Schützenbau ein Klavierabend, dessen ganzes Programm Beethoven geweiht ist; es bringt drei Sonaten und eine Anzahl kleinerer Klavierstücke von Beethoven und entspricht damit einem langgehegten und oft ausgesprochenen Wunsche unserer Musikfreunde. Wer Paul Schramm kennt, weiß, was uns mit diesem Abend geboten wird, ein Abend reiner und ungetrübter Freude und wird ihn sich nicht entgehen lassen.

Stadttheater. Heute, den 29. Januar, 8 Uhr, Uraufführung von „Erdenbann“, Komödie in 4 Akten von D. E. Bernhardt, wiederum mit neuen Dekorationen. Sonntag, den 31. Januar, nachm. 3 Uhr, zum unwiderrücklich lekt enMale das gewaltige Schauspiel „Könige“ zu billigen Preisen! Abends 7 Uhr „Marietta“, Operette in 3 Akten von W. Kollo. Immer stärker jubelt das Publikum bei jeder neuen Vorstellung von „Marietta“ und müssen sämtliche Schläger wiederholt werden.

Kößlin. In der Nacht zum Montag erkrankte das bei Frau Direktor Hülsh in Stellung befindliche Dienstmädchen Mittelbach in ihrem im Seminar befindlichen Zimmer an einer Kohlenoxydgasvergiftung. Das Mädchen wurde am Morgen in ihrem Bett bewußtlos aufgefunden und sofort ins Krankenhaus eingeliefert. Lebensgefahr besteht nicht.

Reisfin, Kr. Kößlin. Zu dem Schadenfeuer auf dem Rittergut Reisfin wird noch mitgeteilt, daß 540 Schafe des Gutes, 40 Leuteschafe, 2 Fohlen, fast alle Schweine (etwa 35 Stück) und über 20 Stück Jungvieh sowie alles Federvieh verbrannt sind. An Maschinen wurden vernichtet: eine Viehwage, ein großer Dreschkasten, zwei kleine Motoren; die Lokomobile wurde schwer beschädigt. Uebrigens ist noch zu bemerken, daß das Rittergut Reisfin nicht den Glorinschen Erben, sondern Rittergutbesitzer Glorin gehört.

Der Provinziallandtag.

Im Landeshaufe zu Stettin, von dem wieder einmal die Fahnen wehen — darunter auch die schwarzrotgoldene! — trat Donnerstag mittag 12 Uhr zum ersten Male der am 29. November v. J. gewählte Provinziallandtag von Pommern zu seiner 55. Tagung zusammen. Das äußere Gesicht des Landtages hat sich nicht unwesentlich geändert; der große Saal der pommerschen Deutschnationalen hat deren Sitzzahl von 31 auf 37 erhöht, während Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei bekanntlich empfindliche Verluste erlitten haben. Der Provinziallandtag ist jetzt folgendermaßen zusammengesetzt: Deutschnationale Volkspartei 37, Deutsche Volkspartei 5, Wirtschaftspolitische Liste 1, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 3, Aufwertungs- und Mittelstandspartei 3, Demokratische Mitte 3, Sozialdemokratische Partei 20, Kommunistische Partei 4 Abgeordnete. Von den 76 Abgeordneten waren 73 anwesend.

Oberpräsident Lippmann eröffnete den Landtag mit einer Rede.

Als Vizepräsident übernahm Dr. Frhr. von Wangenheim-M.-Spiegel das Präsidium mit einer kurzen Ansprache.

Die Bürowahl zog sich infolge der Opposition der Sozialdemokraten und Kommunisten 5 1/2 Stunden hin. Es mußten infolge Einspruchs, bezw. Anweisung der Richtigkeit der Wahlen mehrfach Wiederholungen vorgenommen werden. Schließlich wurde Frhr. von Wangenheim als erster, Oberbürgermeister Dr. Ademann als zweiter Vorsitzender gewählt. Als Schriftführer wurden, da Sozialdemokraten und Kommunisten ihre Wahl ablehnten, nur bürgerliche Abgeordnete gewählt.

Nach der Bürowahl kam eine Reihe kommunistischer und sozialdemokratischer Anträge zur Verlesung. Es folgte die Wahl der Kommissionen, worauf der Provinziallandtag sich auf Freitag vertagte.

Letzte Meldungen.

Die amtliche Großhandelsinbeziffer vom 27. Januar. Berlin, 28. Januar. Die auf den Stichtag des 27. Januar berechnete Großhandelsinbeziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 20. Januar (120,1) um 0,3 Prozent auf 119,7 zurückgegangen. Gefunken sind die Preise für Weizen, Gerste, Hafer, Schmalz, Zucker, Schweinefleisch, einige Textilrohstoffe und Halbwaren, sowie die meisten Metalle. Höher lagen die Preise für Roggen, Butter, Rindfleisch, Milch, Hanf und Schwingelsachs. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 114,7 auf 114,1 oder um 0,5 Prozent nachgegeben, während die Industriefstoffe mit 130,1 (Vorwoche 130,3) nahezu unverändert blieben.

Amerikas Beitritt zum Weltfriedensgerichtshof. New York, 28. Januar. Der amerikanische Senat hat sich mit 89 gegen 1 Stimme unter gewissen Vorbehalten für die amerikanische Teilnahme an dem Weltfriedensgerichtshof ausgesprochen, und zwar unter der Voraussetzung, daß die Vereinigten Staaten keinerlei geschäftliche Verbindungen mit dem Völkerbund eingehen.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Olsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 240-246 (am 27. 1.: 242-248). Roggen Märk. 148-155 (149-156). Sommergerste 170-198 (172-201). Futter- und Wintergerste 142-160 (142-160). Hafer Märk. 155-166 (157 bis 168). Mais loco Berlin — (—). Weizenmehl 32,25-35,25 (32,50 35,50). Roggenmehl 22,25-24,25 (22,50-24,50). Weizenkleie 11,25-11,50 (11,25-11,50). Roggenkleie 9,60-10,00 (9,60-10,10). Diktoriaerbsen 26,00-35,00 (26,00-35,00). Raps 340-350 (340-350). Kleine Speiseerbsen 22,00-25,00 (22,00-25,00). Futtererbsen 20,00-22,00 (20,00-22,00). Peluschken 20-21 (20-21). Ackerbohnen 20-21 (20-21). Wicken 21,00-23 (21,00-23). Lupinen blaue 12,00-12,50 (12,00-12,50). gelbe 14,00-15,00 (14,00-15,00). Seradella neue 19,00-20,00 (19,00-20,00). Rapskuchen 15,25 (15,25). Leinwicken 22,00-22,50. (22,00-22,50). Trockenschmalz 8,00 (8,00). Sojafschrot 19,50-19,80 (19,50-19,80). Torfmelasse 30-70 (— (7,80)). Kartoffelflocken 14,75-15,00 (14,50 bis 15,00).

Berliner Frühmarkt. Weizen, März 264 Brief, Mai, 271 Brief, Roggen, März 176 Brief, Mai 187 Brief. Die übrigen Notierungen fallen heute aus.

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufverband Norddeutscher Molkereien, Berlin G. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 28. Januar. 1. Qualität 1,80, 2. Qualität 1,65, abfallend 1,53 Reichsmark. Tendenz: fest.

Stettiner Getreidebörse vom 28. Januar. Roggen inf. 152, Weizen inf. 246, Hafer 164, Gerste inf. 180-201, feine über Notiz, Futtergerste 163. Tendenz schwächer.

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch Geldgaben, sondern kauft

Gutscheine der städtischen Volksküche zur Ausgabe an Bettelnde.

12 Gutscheine kosten 1.— Mk. und sind vorläufig zu haben.

- Deutschnationale Volkspartei, Langestraße 1
- A. Lemme & Co., Langestraße 64
- Cafe Groth, Langestraße
- Emil Wolsdorff Jnh Paul Hartmann, Markt 15
- Krüger & Oberbed, Neutorstraße 7
- Hotel Kaiserhof, Neutorstraße
- Roy Bröske, Neutorstraße 14
- Cafe Reinhardt, Neutorstraße
- Stadt. Sparkasse, Stephanplatz
- Stolper Bank, Stephanplatz
- A. Nikrant, Hospitalstraße 1
- Deutsche Volkspartei, Bahnhofstraße 37
- Siegfried Ramlow, Bahnhofstraße 11
- Paul Albrecht, Bahnhofstraße 15
- A. B. Gillebrandt, Bismarckplatz 1
- Kaufmanns Wollhaus
- Bruno Heinze, Holstentorstraße 2
- Max Kropp, Holstentorstraße 3
- Richard Pfau, Langestraße 61
- Buchdruckerei Delmanzo, Langestraße 60
- Otto Stöwer, Langestraße 35
- Mund's Hotel, Markt
- Kammerlichtspiele.

Die Verwaltung der städtischen Volksküche.
W. Laeuen, Stadtrat.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Schließung des Wohnungsamts an den Mittwochen und Sonnabenden.

Das Wohnungsamt ist vom 30. dieses Monats ab **Mittwochs und Sonnabends** ständig für den Publikumsverkehr geschlossen.

Stolp, den 28. Januar 1926.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Gemäß § 21 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 (G. S. S. 207) bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die Nutzung der Jagd in den gemeinschaftlichen 6 Jagdbezirken der Stadtfeldmark Stolp zur Größe von etwa 371, 374, 254, 569, 459, ha auf die Dauer von 6 Jahren beginnend mit dem 1. März 1926 durch öffentlich meistbietende Verpachtung erfolgen soll. Die in Aussicht genommenen Pachtbedingungen liegen vom 30. Januar 1926 ab zwei Wochen lang im Rathause, Dienstzimmer 21, öffentlich aus. Als Mieter werden nur Bürger der Stadt Stolp zugelassen.

Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der vorbezeichneten Auslegungsfrist Einspruch beim Bezirksausschuß zu Köslin erheben. Bis zum Ablauf derselben Auslegungsfrist sind etwaige Anträge auf Vereinigung von Grundflächen mit Eigenjagdbezirken oder auf Ausschluß von Grundflächen aus einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk bei mir zu stellen (§§ 7, 13 der Jagdordnung). Die Größe der einzelnen Jagdbezirke kann sich noch etwas ändern.

Stolp, den 25. Januar 1926.

Der Jagdvorsteher.

gez. Eschenhagen,
Stadtrat.

Krieger- und Militärverein Stolp.

Zur Leichenparade für den verstorbenen Kameraden **Justizwachtmeister i. R. Theodor Berndt** tritt der Verein am **Sonnabend, den 30. ds. Mts.** nachmittags 3 Uhr am Wallhaus an.

Der Vorstand.



Salon-Brikett
Steinkohlen
Brennholz

zerlegt — forbweise liefert

Karl-Henning Pieper
Hospitalstraße 20 Ede Geersstraße

2 Ankleideschränke
moderne Muster, stehen zum Verkauf

Zur Anfertigung
kompl. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer sowie einzelner Möbel
empfiehlt sich

Alois Braun, Tischlermstr.
Dorfstr. 9. Poststr. 19.

Weinhandlung

Bahnhofshotel

Preiswerte Angebote in rein-tönigen Weinen und Spirituosen

In Weinstuben: Weine mit Gewächsangabe im Ausschank u. a.

21er Entfircher Steffensberg
Anerkannt gediegene Küche

A. SCHMIDT.

Brennholztermine.

Preussische Oberförsterei Stolp verkauft öffentlich meistbietend

1. aus der Försterei Mellin

am **Freitag, den 5. Februar 1926** von vormittags 10 Uhr ab im Böttcher'schen Gasthause in Mellin das Brennholz aus den bisher fertig gestellten Schlägen (Scheite, Knüppel, Reisig aller Holzarten).

2. aus der Försterei Buchhorst

Jagen 145, 146, 147, 148 und

aus der Försterei Scharfenstein

Jagen 156 und 161 Brennholz (Scheite, Knüppel, Reisig aller Holzarten) am **Montag, den 8. Februar 1926** von vormittags 8³⁰ ab im Dahlke'schen Gasthause in Friedrichstal.

Möglichst Barzahlung an den anwesenden Forstfassenbeamten.

Literarische Gemeinde Stolp.

Großer

Tanzabend

Frau Lise Abt,
Königsberg

Dienstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr
im Saal des Jugendheims.

Einlaßkarten im Vorverkauf in der
Buchhandlung Oskar Cuzig.

Für Mitglieder numer. Sperrsig 1 Mk. Platz-
gebühr. Für Nichtmitglieder numer. Sperrsig
2.50 Mk. Galerie 1.25 Mk.

Dom. Gr. Strellin und Dom. Wd. Plassow

verkaufen auf Bestellung aus ihren dem Milchkontrollverein angeschlossenen milchreichen Herden

Kuh- und Bullkälber.

Über den Rittergutspächter **Lothar Roenneke** in Neujugelow ist heute die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet. Aufsichtsperson: Herr Friedrich v. Böttcher, Stolpmünde, Baltenhaus. Forderungen sind bei der Aufsichtsperson anzumelden.

Stolp, d. 25. Januar 1926.
Amtsgericht

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung soll am **17. März 1926, vormittags 10 Uhr** — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 2 — versteigert werden das im Grundbuche von Stolp Bd V Teil 2 Bl. 90 (eingetragene Eigentümer am 24. Oktober 1926, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Eigentümer Franz Wigorsch in Stohentin (eingetragene Grundstück Hofraum und Ländereien Gemarkung Stohentin Kartensblatt 1 Parzellen 100, 101, 163, 1758, 1619 — 365 369 — 1624, 1626, 1627, 1757, 382

Kartenblatt 2 Nr. 24, 25, 27, 28, 83944 ha groß. Reinertrag 18,38 Tlhr., Grundsteuerrolle Nr. 53. Nutzungswert 180 R.-Mk., Gebäudesteuerrolle Nr. 1580.
Stolp, den 23. Jan. 1926.
Amtsgericht.

Hochfeinen
Downingsbay-Majees
per Stück 35 Pfg.,
Shetland-Majees
per Stück 25 Pfg.,
empfehlen
C. & E. Hafert
vorm. L. W. Technow.

Vorzüglichem
fauren Hering
2 Stk. 15 Pfg.
großen fetten
Räucherhering
empfehlen
C. & E. Hafert
vorm. L. W. Technow.

Mit
Rälbermaismehl
erzielt man bei Fettkälbern die besten Erfolge. Vorrätig bei
Carl Schröder,
Fernruf 509. Mittelstr. 43.

Bruchleiden.

Mit unserer speziellen Bandagenart sind nachweislich anhängende Heilerfolge erzielt. Ueber **hundert amtlich beglaubigte** Zeugnisse der mit diesen Bandagen Geheilten liegen vor. 3. B. Teile Ihnen hierdurch mit, daß ich von meinem Bruchleiden, das ich seit etwa zehn Jahren gehabt habe, geheilt bin, wofür ich Ihnen herzlich danke.
Altwartshow, Kr. Schlawa i. Pom.
R. G.

Trotz meiner 71 Jahre bin ich von meinem schweren Bruchleiden geheilt. Meine beiden Brüche gingen bis zum 6. hinunter und konnte ich dieselben nicht mehr durch mein Bruchband halten. Trotz schwerer Arbeit im Hafenbetrieb kommen jetzt meine Brüche ohne Band nicht mehr hervor.
Hamburg-Deidel. 6. N. P.
Da ich den Gürtel jetzt schon 14 Tage trage und ich mich fühle wie von Neuem geboren, spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Dank aus.
Borkow, Kr. Schlawa Frau E. O. Wer an der vollkommen kostenlosen Vorführung dieser Bandagenart in Stolp, Schlawa oder Lauenburg i. Pom. teilnehmen will, teile uns solches bis zum Donnerstag, den 4. Februar mit.
Antwort erfolgt rechtzeitig.
Hermes-Bandagen-Vertrieb
Hamburg 36, Esplanade 6.

Stadt-Theater

Telephon 419.

Heute **Freitag, den 29. Jan.**
abends 8 Uhr
Uraufführung!

„Erdenbann“

Komödie in 4 Akten
von D. E. Bernhardt.

Sonntag, den 31. Januar
Nachmittags 3 Uhr

Das gewaltige Schauspiel

„Könige“

zu billigen Preisen!
abends 7 Uhr

Marietta

Operette in 3 Akten
von W. Kollo.

Zwangs-Versteigerung

am **30. 1. 26** vorm. 10 Uhr
in Stolp, Sandberg 1:

- 1 Ziehharmonika,
- 1 Pferdegeschirr,
- 1 Posten Farben u. Lacke,
- 1 Weinbrand-Verchnitt,
- 150 Flaschen Wein,
- 2 Mille Zigarren,
- 1 Ballen Kaffee,
- 2 Schreibmaschinen,
- 1 Büffets, 1 Standuhr,
- 1 Urnichte, Schreibtisch,
- 1 Klubsessel, 1 Klavier,
- 1 Marktbude,

aus der Schröder'schen Konkursmasse:

- Herren-Stoffe, Damen-Stoffe, Seide, Musseline,
 - Washstoffe, Barchent u. a.
- nachm. 4 Uhr in Stolpmünde: Treffpunkt Fürst Blicher:
- 1 Hobelmaschine,
 - 1 Schreibtisch, 1 Büffel,
 - 1 Glaschrank, 1 Bücher-schrank, 2 Hündinnen

(Terrier)
öffentlich meistbietend gegen bar.

Scheunemann,
Ober-Gerichtsvollzieher
Stolp, Umlandstr. 12.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Sonnabend, den 30. d. Mts.** vorm. 10 Uhr werde ich in der Pfandkammer Sandberg 1:

eine Partie Strümpfe, Tritotagen u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern

Stolp, d. 29. Januar 1926.
Hafert,
Ober-Gerichtsvollzieher.

Freibau.

Sonnabend vormittags 9 Uhr
Verkauf von gekochtem Rindfleisch.

Die Schlachthofdirektion.

Nähmaschine

gut nähend billig zu verkaufen
Poefenstr. 1a II. I.

Kirchliche Anzeigen.

St. Marien.

Sonntag Septuag.

Vorm. 10 Uhr Predigt:

Pastor Spittel

Darnach Beichte: Derselb;

Feier des heil. Abendmahls.

Kollekte für kirchliche Jugendpflege.

1—2 Uhr Spargeldsammlung

in der Kirche (Turmhalle)

Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst in der Kirche:

Pastor Lic. Steffen.

2 Uhr desgl. im Evangelisationsaal.

Nachm. 3/2 Tausen in der Sakristei.

Nachm. 5 1/2 Uhr Predigt:

Superintendent Dr. Witte.

Nachm. 4 Uhr Lichter-

vortrag im Saal des Jugendheims: „Die Aufgabe der Frau in Haus und Mission.“

Abends 8 1/4 Uhr Familien-

abend in der Aula des Gymnasiums. Vortrag: „Die Freude am Kinde“ durch Pastor Rathke.

Mittwoch, den 3. Februar

abends 8 1/4 Uhr Bibel-

stunde im Evangelis.-Saal.

Pastor Lic. Steffen.

Bearbeitungswoche:

Superintendent Dr. Witte.

Trauerungen:

Pastor Spittel.

Tausen und Kommunionen:

Pastor Lic. Steffen.

Evangelisationsaal

(Arnoldstraße).

Jeden Sonntag nachm. 4 Uhr

Jugendbundstunden abends

8 1/4 Uhr Verkündigung.

Jeden Montag 8 1/4 Uhr Abds.

Bibelstunden im

Donnerstag 8 1/4 Uhr Abds.

Sebestunde der landeskirchlichen Gemeindefürsorge

Köslin

Sonntag, den 31. 1. 1926,

vorm. 10 Uhr Predigt:

Pastor Lic. Steffen.

Ev. kirchl. Blauenverein.

Donnerstag, den 4. Februar

1926 abends 8 1/4 Uhr Ver-

sammlung im Saal der Frauenvereine.

Coang. Junglingsverein.

Sonntag, den 31. 1. 1926

6 Uhr Verkündigung

Schulstraße

St. Johann

Vorm. 10 Uhr Gottesdienst

Kollekte für kirchliche Jugend-

pflege i. B.

St. Marien.

Schulstraße

St. Johann

Nachm. 4 1/2 Uhr Gottesdienst.

Kollekte für kirchliche Jugend-

pflege i. B.

St. Marien.

Schulstraße

St. Johann

Vorm. 10 Uhr Predigt:

Pastor Lic. Steffen.

Kollekte für kirchliche Jugend-

pflege i. B.

St. Marien.

Schulstraße

St. Johann

Nachm. 4 1/2 Uhr Gottesdienst.

Kollekte für kirchliche Jugend-

pflege i. B.

St. Marien.

Schulstraße

St. Johann

Nachm. 4 1/2 Uhr Gottesdienst.

Kollekte für kirchliche Jugend-

pflege i. B.

St. Marien.

Schulstraße

St. Johann

Nachm. 4 1/2 Uhr Gottesdienst.

Kollekte für kirchliche Jugend-

pflege i. B.

St. Marien.

Schulstraße

St. Johann

Nachm. 4 1/2 Uhr Gottesdienst.

Kollekte für kirchliche Jugend-

pflege i. B.

St. Marien.

Schulstraße

St. Johann